

Laibacher Zeitung.

Nr. 238.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 17. October

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1mal 6 kr., 2mal 8 kr., 3mal 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesmal 30 kr.

1871.

Amtlicher Theil.

Gesetz

wirksam für das Herzogthum Krain

betreffend den Mandatsverlust von Landtagsabgeordneten.

Mit Zustimmung des Landtages Meines Herzogthums Krain finde Ich zu verordnen, wie folgt:

Art. I. Landtagsabgeordnete, welche ausdrücklich verweigern, im Landtage zu erscheinen, oder ihr Ausbleiben über Aufforderung des Landeshauptmannes innerhalb acht Tagen nicht in solcher Weise rechtfertigen, daß der Landtag diese Rechtfertigung als genügend erklärt, werden ihres Mandates verlustig.

Art. II. Dieses Gesetz tritt sogleich in Wirksamkeit.

Art. III. Mein Minister des Innern ist mit der Durchführung dieses Gesetzes beauftragt.

Ebensee, am 5. October 1871.

Franz Joseph m. p.

Hohenwart m. p.

Gesetz vom 7. Juli 1871

betreffend die Erprobung und periodische Untersuchung der Dampfkessel.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1. Die Erprobung und periodische Untersuchung der Dampfkessel wird nach Wahl der Parteien entweder durch einen von der Staatsbehörde bestellten Prüfungskommissär oder, wenn der Benutzer des Dampfkessels einer zu diesem Zwecke constituirten Gesellschaft als Mitglied angehört, durch die amtlich hiezu autorisirten Organe dieser Gesellschaft nach den diesfalls bestehenden Verordnungen und Vorschriften vorgenommen.

Die von diesen Organen der Gesellschaft über eine Prüfung oder Revision von Dampfkesseln ausgestellten Bescheinigungen sind den von Staatsorganen ausgestellten derartigen Bestätigungen gleichzuhalten.

Den von den untersuchenden Organen aus Anlaß der Prüfung oder Revision der Dampfkessel getroffenen Anordnungen ist unweigerlich Folge zu leisten.

§ 2. Für die durch amtlich bestellte Prüfungskommissäre vorgenommene Prüfung eines Dampfkessels und für die Jahresrevisionen sind nach Maßgabe der Heizfläche die nachstehend festgesetzten Taxen zu entrichten.

Heizfläche	Quadratfuß	Probetaxe	Revisionsaxe
weniger als	25	5 fl.	1 fl.
von 25—100		10 "	2 "
" 100—500		15 "	3 "
über 500		20 "	4 "

Wenn mehrere Dampfkessel mit einander verbunden sind, deren jeder eine eigene Feuerung besitzt und für sich benützt werden kann, so sind die obigen Gebühren für jeden einzelnen Kessel zu entrichten.

§ 3. Die Bestimmungen über die Construction, Aufstellung, Erprobung und periodische Untersuchung der Dampfkessel, sowie überhaupt alle übrigen die Sicherheitsvorkehrungen gegen Dampfkesselexplosionen betreffenden Bestimmungen werden im Verordnungsweg erlassen.

§ 4. Dieses Gesetz tritt drei Monate nach der Kundmachung desselben in Wirksamkeit.

Mit dem gleichen Zeitpunkte tritt die Ministerialverordnung vom 1. September 1866 (R. G. Bl. Nr. 107) außer Kraft.

§ 5. Mit der Durchführung dieses Gesetzes ist der Handelsminister und Minister des Innern beauftragt.

Wien, am 7. Juli 1871.

Franz Joseph m. p.

Hohenwart m. p.

Schäffle m. p.

Verordnung des Handelsministeriums im Einverständnisse mit dem Ministerium des Innern vom 7. Juli 1871

betreffend die Sicherheitsvorkehrungen gegen Dampfkessel-Explosionen.

In Ausführung des Gesetzes vom 7. Juli 1871 wird verordnet, wie folgt:

§ 1. Als Dampfkessel im Sinne der gegenwärtigen Verordnung werden alle jene Gefäße betrachtet, welche dazu dienen, um Flüssigkeiten in Dämpfe von einer höheren Spannung als jener des atmosphärischen Luftdruckes zu verwandeln.

§ 2. Die Wahl des Materials, dann die Bestimmung der Stärke desselben, sowie die Art der Construction und Ausführung der Dampfkessel bleibt dem Verfertiger unter seiner eigenen Verantwortung überlassen. Nur die Verwendung von Gußeisen und Messingblech zu den Wandungen der Dampfkessel, der Feuer- und Siederöhren ist im allgemeinen untersagt; doch ist es gestattet, sich des Messingbleches zu Feuer- und Siederöhren bis 4 Wiener Zoll Durchmesser zu bedienen.

Zu den Wandungen sind in obiger Beziehung nicht zu zählen: Dampfdome, Ventilgehäuse, Mannlochdeckel, Siederohr-Vorköpfe, Deckel von Reinigungsluken, Rohrstutzen jedoch nur dann, wenn sie weder vom Kesselmauerwerk umschlossen, noch vom Feuer oder von erhitzten Gasen berührt werden.

Für besondere Kesselconstructionen kann die Anwendung des Gußeisens zu anderen als zu den vorbenannten Constructionstheilen der Wandungen durch das Handelsministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern von Fall zu Fall bewilligt werden.

Die bezüglichen Eingaben sind stets mit im Maßstabe ausgeführten oder mit den bezüglichen Maßen beschriebenen Zeichnungen der betreffenden Kessel und der fraglichen Constructionstheile zu belegen.

Hinsichtlich der vom Auslande bezogenen Kessel trifft die Verantwortlichkeit auch den Benutzer.

§ 3. An jedem Dampfkessel müssen folgende Armaturstücke vorhanden sein, für deren guten Zustand der Kesselbenützer verantwortlich ist:

a. wenigstens Ein Sicherheitsventil und wenn der Dampfkessel mehr als 25 Wiener Quadratfuß Heizfläche hat, mindestens zwei Sicherheitsventile.

Die Belastung derselben muß der Dampfspannung, für welche der Kessel erprobt wurde, entsprechen und sie dürfen bei stationären Dampfkesseln nur mit Gewichten in der Art belastet werden, daß bei mittelbarer Belastung das Gewicht am äußersten Angriffspunkte des Hebels wirkt. Bei Federwagen muß die Maximalspannung der Feder der Maximalspannung des Dampfes entsprechend begrenzt sein.

b. Wenigstens Ein richtiges und verlässliches Manometer, auf dessen Theilung die für den betreffenden Kessel zulässige Maximal-Dampfspannung besonders markirt und welches zur Anbringung eines Controlmanometers eingerichtet ist.

c. Wenigstens Eine verlässliche Speisevorrichtung, welche den Kessel reichlich mit Wasser versorgen kann und an ihrer Einmündung in denselben mit einem selbstthätigen Ventile zur Verhinderung des Wasserabflusses aus dem Kessel versehen ist.

Für mehrere, mit einander verbundene (gekoppelte) Kessel genügt eine Speisevorrichtung mit einem Speiserohr, jedoch muß jeder Kessel einen nebst der Absperrevorrichtung auch noch mit einem selbstthätigen Ventile versehenen Speiselkopf besitzen.

d. Mindestens zwei brauchbare Vorrichtungen zur Erkennung des Wasserstandes im Kessel, welche von einander unabhängig functioniren. Von diesen Vorrichtungen muß wenigstens Eine den für den bestimmten Kessel zulässigen tiefsten Wasserstand deutlich markiren, welcher jedoch immer so hoch liegen muß, daß auch bei beweglichen Kesseln mit Rücksicht auf deren Schwankungen die höchste vom Feuer berührte Fläche noch hinreichend vom Wasser bedeckt bleibt.

Auf Dampfstrochungen- und Ueberhitzungsapparate finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.

Dampfkessel von weniger als 1 1/2 Wiener Eimer oder 2.7 Wiener Cubikfuß Inhalt sind von den unter b, c und d aufgeführten Sicherheitsvorkehrungen befreit.

§ 4. Kein Dampfkessel, welcher mehr als 1 1/2 Wiener Eimer oder 2.7 Wiener Cubikfuß Inhalt hat, er mag im In- oder Auslande verfertigt worden sein, darf unter Verantwortlichkeit des Benützers früher verwendet werden, bis er der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Probe unterworfen und bei derselben als tauglich befunden worden ist.

Diese Probe kann nach freier Wahl der Parteien entweder durch einen der amtlich bestellten Prüfungskommissäre, deren Namen und Wohnsitze nebst dem ihnen zugewiesenen Bezirke von der politischen Landesstelle kundgemacht werden, oder, wenn der Benutzer des Kessels einer vom Staate autorisirten Gesellschaft zur Ueberwachung des Dampfkesselbetriebes als wirkliches Mitglied

angehört, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 7ten Juli 1871 von den amtlich hiezu ermächtigten Organen dieser Gesellschaft vorgenommen werden.

Die Probe hat, gleich viel, ob sie von amtlichen oder Privatorganen vorgenommen wird, stets vor der allfälligen Einmauerung oder Verkleidung des Kessels nach den für die amtliche Prüfung bestehenden Vorschriften stattzufinden.

Der bei derselben anzuwendende Probedruck hat bei Dampfkesseln, welche bis zu einer effectiven Dampfspannung von zwei Atmosphären benützt werden sollten, das Doppelte, bei Kesseln, welche für eine höhere Dampfspannung benützt werden sollen, das Ein- und Einhalbfache des zulässigen größten Druckes, vermehrt um den Druck von einer Atmosphäre, zu betragen.

(Schluß folgt.)

Nichtamtlicher Theil.

Die k. k. Landesregierung hat dem Andreas Sterlepp für die mit eigener Lebensgefahr bewirkte Rettung des zehnjährigen Knaben Jakob Porenta vom Tode des Ertrinkens im Gruber'schen Canale die gesetzliche Taglia zuerkannt.

Wien, 15. October.

Das constitutionelle Leben der Völker ist nicht frei von Irrungen und politischen Erregtheiten. Darin macht auch Oesterreich keine Ausnahme, seit sein Bestand auf verfassungsmäßige Institutionen gegründet wurde und seit die vom Volke gewählten Vertreter zur Berathung und Beschließung über die wichtigsten Angelegenheiten berufen wurden. Allein, daß in einem noch so leidenschaftlichen Kampfe der Parteien vergessen worden wäre, der geheiligten Person des Monarchen die schuldige Ehrfurcht zu zollen, daß es gewagt worden wäre, die Majestät in den Kampf der Parteien zu ziehen, sie sogar für die retrograden Bewegungen und Fehler der Parteien verantwortlich zu machen, wie dies am 10. d. im niederösterreichischen Landtage von Seite eines Volksvertreters geschehen, das gehört zu den Seltenheiten in der Verfassungsgeschichte der Völker, und dem niederösterreich. Landtage war es vorbehalten, in die Geschichte des österreichischen Verfassungslebens ein Blatt einzulegen, das von politischer Reife und parlamentarischem Anstand kein rühmliches Zeugniß ablegt.

Alle Staatsrechtler stimmen darin überein, daß die Majestät in das Getriebe der Parteien nicht hineingezogen, daß sie niemals beleidigt oder angegriffen, daß die dem Staatsoberhaupt nach Verfassung und Gesetz gebührende Achtung nicht verletzt werden dürfe. Daher enthalten auch alle Verfassungen des Festlandes die Bestimmung, daß die Person des Monarchen geheiligt, unverleßlich und unverantwortlich sei. Auch in unsere Verfassung ist diese Bestimmung aufgenommen, und wenn trotzdem im niederösterreichischen Landtage persönliche Vorwürfe gegen die geheiligte und unverantwortliche Person Sr. Majestät des Kaisers geschleudert worden sind, so wurde nicht nur ein Verstoß gegen den obigen obersten constitutionellen Grundsatz, sondern auch ein Attentat auf die historische Wahrheit, auf die bisherige Entwicklung des österreichischen Staates, auf die Loyalität des deutschen Volkes begangen. Gegen ein solches Attentat empört sich das monarchische Gefühl jedes Oesterreichers, und wir begreifen auch die Entrüstung, mit welcher die „Tagespresse“ vom 12. October dieses Attentat zurückweist.

Das Blatt stizt in kurzen, kräftigen Zügen die Regierungsgeschichte Sr. Majestät des Kaisers und weist nach, wie der Monarch nur durch den Drang unabwendbarer Verhältnisse zu jenen Schritten bestimmt wurde, welche die verschiedenen Phasen in der inneren Entwicklung unseres Verfassungslebens bilden und daß der Kaiser-König seit der Erlassung des Octoberdiploms stets an dem constitutionellen Gedanken festgehalten habe, im Wege der freien Verständigung der Völker die Form für die Theilnahme derselben an den Staatsgeschäften zu finden. Das Blatt erinnert daran, daß Se. Majestät der Kaiser das Ministerium Schmerling volle fünf Jahre lang, das Bürgerministerium volle zwei Jahre lang frei schalten und walten ließ, und fährt fort: „Ist das Werk schwierig, das Seine Majestät der Kaiser unternommen, indem er seinem Reiche eine Verfassung zu geben sucht, welche die „freie Theilnahme aller seiner Völker“ findet? — Nun, dann wäre es die heiligste Pflicht Aller, mitzuwirken, daß diese Schwierigkeiten

beseitigt, nicht aber noch erhöht werden und Undank dem Monarchen zum Lohne werde. Ist das Werk unausführbar? — Die Zukunft muß es lehren. Gewiß aber ist, daß der große Gedanke — wenn er mißlingt — nicht an dem besten, redlichsten Willen des Monarchen, sondern an dem Unglücke scheitert, daß die „gereifte Einsicht“ und der „patriotische Eifer“ der Völker, welcher Se. Majestät die Ausführung seines Gedankens vor zehn Jahren anvertraut hatte, sich leider nicht finden wollen. Wer ehrlich ist, muß bekennen, daß jeder von uns mehr Schuld trägt an unseren Wirren, als Se. Majestät der Kaiser; beipfeilslos in der Weltgeschichte steht er da, ein Monarch, der seinen Völkern eine freie Verfassung sichern will und in der Ausführung dieser erhabenen Intention durch seine Völker selbst verhindert wird; beispiellos in der Weltgeschichte steht der Kaiser seinen Völkern gegenüber als ein Märtyrer des constitutionellen Prinzips! Und wer die mannigfachen Versuche, die er unternimmt, um zu dem preiswürdigen Ziele zu gelangen, tadelt, der begeht das schreiende Unrecht, ihn für unsere Schuld verantwortlich zu machen.“

Wir sind überzeugt, daß sich diesen Ausführungen alle patriotischen Oesterreicher, in deren Brust die alte Treue zum Kaiserhause fortlebt, aus inniger Ueberzeugung anschließen und daß sie Protest erheben werden gegen die schweren Beleidigungen, die in leidenschaftlicher Erregtheit gegen die Person des Monarchen gerichtet worden sind.

Sie werden aber auch, dessen sind wir überzeugt, unser Erstaunen und unser Bedauern theilen, daß solche Ausschreitungen im niederösterreichischen Landtagsaale ohne jede Erwiderung und ohne den verdienten Ruf zur Ordnung und Mäßigung geblieben sind, und daß aus dem Kreise derjenigen, deren Interesse mit der Geltung der höchsten Autorität eng verknüpft sind, nicht eine Stimme sich erhob, die constatirte, daß es für sie im politischen Parteikampfe eine unüberschreitbare Grenze gebe: Die Treue dem Monarchen, die Ehrfurcht vor dem Throne.

Zum Ausgleich.

Die „Wiener Abendpost“ äußert sich über die finanzielle Seite des Ausgleichs — die irrthümlichen Interpretationen der „N. Fr. Pr.“ widerlegend — wie folgt: „Die „N. Fr. Pr.“ beginnt mit einer Besprechung des finanziellen Uebergangsstadiums, sie vergleicht, was im Jahre 1867 Ungarn gegenüber geschah, mit dem, was für das Jahr 1872 von Böhmen verlangt wird, und kommt zu dem Schlusse, daß Ungarn in loyaler Weise nur das verlangt und erhalten habe, was es zur ungestörten Fortführung der öffentlichen Verwaltung bedurfte, Böhmen dagegen verlange, daß die Finanzbehörde des Staates der böhmischen Landesregierung für das Jahr 1872 jene Beträge zur Verfügung stelle, welche sie zu brauchen für gut finden wird.“

Diese Darstellung ist eben so gehässig als unrichtig.

Nach dem Wortlaute des von der „N. Fr. Pr.“ citirten Art. 15 sollen der böhmischen Landesregierung für das Jahr 1872 jene Beträge zur Verfügung gestellt werden, welche nach dem Voranschlage für dieses Jahr auf die in die Landesverwaltung übergehenden Angelegenheiten pro rata temporis entfallen. Nachdem nun der Voranschlag für dieses Jahr vom Reichsrathe beraten und festgestellt werden wird, so wird es eben der Reichsrath und nicht die böhmische Lan-

desregierung sein, welche über diese Beträge entscheiden wird.

Will also ein Vergleich mit Ungarn angestellt werden, so könnte er wohl nicht zum Vortheile des Letzteren ausfallen, da ja Ungarn, wie die „N. Fr. Pr.“ hervorhebt, seinen Bedarf für die Uebergangszeit auf Grundlage eines octroirten Budgets erhielt, während Böhmen denselben nach Maßgabe eines im verfassungsmäßigen Wege zu Stande gekommenen Budgets verlangt.

Eben so unrichtig ist die Darstellung der „N. Fr. Pr.“ über das, was vom 1. Jänner 1873 angefangen zu geschehen habe. Die „N. Fr. Pr.“ läßt hierüber das Königreich Böhmen folgendermaßen sprechen:

„Entweder ihr übrigen Königreiche und Länder habt euch bis dahin dazu verstanden, von uns jene Quote zu acceptiren, die uns, nachdem wir euch gehört haben, festzusetzen belieben wird, und dann wird diese Quote die Basis der Beitragsleistung bilden, zu der wir uns gnädigst verstehen; oder ihr weigert euch, unseren finanziellen Staatsreich zu acceptiren, nun dann wird es immerfort der Kaiser sein, welcher nach Anhörung des Senates statt des Volkes darüber entscheiden wird, so lange bis ihr mürbe werdet.“

Umsonst suchen wir in den Fundamentalartikeln eine Stelle, welche die Unterschiebung rechtfertigen könnte, als sei es hier auf eine Benachtheiligung der anderen Länder zum Vortheile Böhmens abgesehen. Nach dem Wortlaute des Art. 15 sollen Deputationen aller Landtage zusammentreten, um die Quote zu vereinbaren, welche Böhmen an das Reich zu entrichten hat. Wie denkt sich nun die „N. Fr. Pr.“ die Beschlußfassung in diesen vereinigten Deputationen, etwa nach der Majorität der vertretenen Länder? Dann hätte Böhmen eine unter 17 Stimmen, was wohl keinen Anlaß zu einer Befürchtung geben könnte, oder glaubt die „N. Fr. Pr.“, daß in dieser Frage jedem Lande eine gleichgewichtige Stimme gewahrt bleiben müsse, was uns jedenfalls das Richtige scheint und nach den Auseinandersetzungen des Berichterstatters im böhmischen Landtage auch dort gemeint sein dürfte, dann wird eben jedes Land für sich und alle zusammen gewiß keiner Quote zustimmen, die sie benachtheiligen würde.

Wenn die „N. Fr. Pr.“ diese Deputationsverhandlungen als eine unpraktische Einrichtung bezeichnet hätte, so würden wir ihr vielleicht zustimmen, da wir glauben, daß eine Einstimmigkeit der 17 Deputationen wohl sehr schwer zu erzielen sein dürfte, allein eine Uebervorteilung der anderen Länder durch Böhmen hieraus zu deduciren, dazu reicht unser Scharfsinn nicht aus.

Gehen wir nun weiter. Die Deputationsverhandlungen haben, wie wir annehmen wollen, zu keinem Resultate geführt; was dann? Böhmen beantragt für diesen Fall die Begutachtung der Quote durch den Senat, die Entscheidung durch den Kaiser. Nur soll nach dem böhmischen Antrage der Senat derart zusammengesetzt sein, daß in demselben die einzelnen Länder nach Verhältniß ihrer Bedeutung vertreten sind. Dieses Verhältniß erachten wir bereits in der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses gegeben. Es würden demnach die böhmischen Stimmen im Senate sich zu den übrigen wie 54:203 verhalten, wonach wohl nicht zu befürchten steht, daß das Gutachten des Senates Böhmen auf Kosten der anderen Länder begünstigen werde, und zwar um so weniger, als im Senate gerade die stärksten Steuerzahler sitzen, die gewiß nicht das Interesse haben, ihre eigenen Lasten zu erhöhen.

Vereinigt sich nun der Senat zu einem bestimmten Vorschlage, dann dürfte die Entscheidung des Kaisers

wohl kaum anders lauten, vereinigt er sich aber gleichfalls nicht, dann scheint uns abermals kaum eine andere Allerhöchste Entscheidung möglich als die, daß es bis auf Weiteres bei dem alten Verhältnisse zu verbleiben habe.

Allein, sagt die „N. Fr. Pr.“, das Recht der Budgetbewilligung ist dadurch vollständig aufgehoben.

Auch das ist entschieden unrichtig. Der Delegirtencongreß wird nach dem Vorschlage Böhmens, sowie bisher der Reichsrath das Reichsbudget zu prüfen und zu bewilligen haben, er wird der Regierung die Ermächtigung ertheilen, die Bedeckung des ermittelten Erfordernisses einzubringen; der Unterschied besteht nach dem Vorschlage Böhmens nur darin, daß seinem Landtage das Recht eingeräumt werden solle, die Böhmen betreffende Quote an das Reich, die immer erst durch die Budgetbewilligung des Delegirtencongresses ihren ziffermäßigen Ausdruck finden wird, in jener Weise aufzubringen, die er für die das Land am wenigsten drückende hält, und daß ihm künftighin die Bestreitung der Kosten seiner Einrichtungen im Lande und aus Landesmitteln überlassen werden solle.

Wir haben heute nicht die Aufgabe, die Anträge des böhmischen Landtages in ihren Details zu rechtfertigen oder zu vertreten. Immerhin mag manches an denselben mangelhaft oder einer Verbesserung bedürftig sein, allein hiezu ist eine ehrliche und objectiv Behandlung nothwendig, und eine solche erwarten wir zusehends vom Reichsrathe. Wollte die „N. Fr. Pr.“ für die Nothwendigkeit plaidiren, in den Reichsrath einzutreten, um dort diese Fundamentalartikel in jener Weise zu amendiren, die den Interessen des Reiches und der einzelnen Länder am besten entspräche, sie würde gewiß mehr Anrecht auf Dank haben, als indem sie durch Besprechung einer ersten Sache unbegründete Befürchtungen ausstreut.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 16. October.

Nach Berliner Meldungen ist der Gesetzentwurf über die deutsche Münzreform bereits an den Bundesrath gelangt. Das Gesetz enthält folgende Bestimmungen: Nach § 1 der Vorlage wird eine Reichsgoldmünze ausgeprägt, von welcher aus einem Pfunde feinen Goldes 46½ Stück ausgebracht werden. Nach § 2 heißt der dreißigste Theil dieser Goldmünze Mark, welcher in 10 Groschen zu 10 Pfennigen getheilt wird. Nach § 3 werden ferner ausgeprägt Reichsgoldmünzen zu 15 Mark und zu 20 Mark. § 4: „Das Mischungsverhältniß der Reichsgoldmünzen zu 30, 20 und 15 Mark wird auf 900 Tausendtheile Gold und 100 Tausendtheile Kupfer festgestellt. Darnach wiegen 41.85 30-Markstücke, 62.775 20-Markstücke und 83.7 15-Markstücke je 1 Pfund.“ § 5 verordnet, daß die Abweichungen im Mehr oder Weniger im Gewichte nicht mehr als 2½ Tausendtheile, im Feingehalte nicht mehr als 2 Tausendtheile betragen dürfen. § 6 verordnet die Zahlungsannahme der gedachten Reichsgoldmünzen seitens der Reichskasse, Staats-, Provinzial- und Communkassen in sämtlichen Bundesstaaten zum festen Werthe des 30 Markstückes zu 10 Thlr. oder 17 fl. 30 kr. südd. Währung. Das 20-Markstück zu 6 Thlr. 20 Gr. oder 11 fl. 40 kr., das 15-Markstück zu 5 Thlr. oder 8 fl. 45 kr.

In Paris herrscht noch immer eine arge Geseßlosigkeit. Die Zahl der Arbeiter ist eine auffallend niedrige und selbst diese wenigen haben nicht immer zu thun. Dieser Uebelstand, welcher eine nicht zu unterschätzende politische Bedeutung hat, veranlaßt die

Seniffelon.

Die Fingerringe.

Von Dr. Hugo Schramm.

Die Sitte, Ringe zu tragen, ist ursprünglich eine morgenländische, und scheint die früheste Art von Ringen, Ring-Petschäfte gewesen zu sein. In den ersten Reichen Centralasiens, von denen einige Nachrichten bis auf uns gelangt sind, in Babylonien und Assyrien, galt nämlich der Act des Siegelns für einen höchst wichtigen und vertrat, da er erst einem Documente Echtheit und Glaubwürdigkeit beilegte, den heutigen Gebrauch der Namensunterschrift. Königliche Edicte wurden sogar ausschließlich vermittelt eines Siegels zur Kenntniß des Volkes gebracht, indem sie auf eine Walze von Karneol oder Metall, also eben, wie gesagt, auf eine Art von Petschäfte eingegraben wurden, um sie dann auf eine bestimmte Anzahl von Stücken eigens dazu präparirten Thones übertragen zu können. Demnach nahmen gewissermaßen die babylonischen und assyrischen Petschäfte zugleich die Stelle unserer Druckerpressen ein. Außerdem aber trugen die Könige wie auch Privatpersonen, von denen manche gleichfalls solche Walzen besaßen, kleine Ringpetschäfte an der Hand, um weniger wichtigen Documenten ihre Echtheit zu verleihen.

Bei den Hebräern geschieht der Ringe häufig Erwähnung. Sie unterschieden bereits nach Zahl und Material derselben den Stand und Reichtum der Leute.

Gewöhnlich war auch bei ihnen das Tragen eines Siegelrings (Chotham), in dem der Name des Eigenthümers nebst einem Spruch aus dem alten Testamente eingegraben war.

Den Griechen war zur Zeit Homers die Anwendung von Siegeln und das Tragen von Ringen noch unbekannt; sie scheinen erst etwas später diesen Brauch von den Völkern des Ostens angenommen zu haben. Unter Solon aber muß das Tragen von Siegelringen schon sehr üblich geworden und damit zugleich die Kunst, sie mit den verschiedenartigsten Abbildungen zu versehen, aufgekommen sein. Dies führte wiederum zum Prägen des Geldes, das man bald ebenfalls mit allerhand Abbildungen versah; so trugen z. B. die Münzen der Insel Aegina auf der einen Seite das erhabene gearbeitete Bild einer Schildkröte, weshalb sie auch unter diesem Namen weit und breit bekannt waren.

Mehrere Jahrhunderte hindurch bestanden die Siegelringe bei den Griechen wohl nur aus Metall und waren Gemmen nicht im Gebrauch. Dagegen machte sich aber sehr bald der Aberglaube, der sich ja auf den niedrigen Culturstufen an Alles heftet, auch in Bezug auf die Ringe geltend. So glaubte man, daß die Ringe des Apollonius Thanaos deren Träger verjagen könnten; der Ring des Hygiea, Königs von Lybien, den dieser in einem Grabe gefunden, sollte unsichtbar machen, und andere berühmte Ringe sollten ähnliche übernatürliche Kräfte dem Besitzer verleihen.

In den letzten Zeiten der griechischen Unabhängigkeit wurde die Magie mit den Ringen geheimnißvoll verwoben und wurden „magische“ Ringe aus Holz, Kno-

chen und einem geringen Metall in großer Masse zu Athen angefertigt und verkauft.

Der einfache Metallreif wurde schließlich durch die Benutzung von Edelsteinen verdrängt und bald nahm der Luxus mit solchen Ringen so sehr überhand, daß viele die Finger beider Hände fast ganz damit bedeckt trugen. Aber nicht allein in der Anzahl, auch in der Größe und Kostbarkeit der Ringe zeigte sich der Luxus. U. a. besaßen Einige eine Reihe von Ringen, die sie nur in bestimmten Jahreszeiten trugen, und welche daher Sommerringe, Winterringe u. genannt wurden. Jedemfalls zeigten derartige Ringe, von denen die meisten gewiß höchst sinn- und kunstvoll gearbeitet waren, die Bildnisse der die verschiedenen Jahreszeiten repräsentirenden Gottheiten mit deren Attributen, — so mag also z. B. ein Herbstring das Bildniß der Ceres oder des Bacchus getragen haben, oder auch vielleicht das dem Thierkreise entlehnte Bild der Wage, wo dann kostbare Edelsteine die beiden Wagschalen bildeten.

Nur die Spartaner huldigten diesem Luxus nicht und blieben, obgleich es kein Gesetz wider das Tragen goldner Ringe bei ihnen gab, den einfachen, eisernen Ringen treu; auch ihre Frauen trugen, wenn überhaupt, höchstens Ringe aus Elfenbein oder Bernstein; das Tragen von Siegelringen galt als Zeichen der Macht und Herrschaft, diese aber besaßen ja nur die Männer.

Bei den Römern waren gleichfalls die ersten Ringe aus Eisen, ja diese blieben bis zum Ende der Republik fast ausschließlich in Mode. Erst unter den Kaisern, als die Einfachheit der Sitten im Allgemeinen einem prunkvollen, üppigen Leben gewichen war, verbreitete

radicalen Mitglieder des Pariser Gemeinderaths, an den letzteren eine Denkschrift zu richten und ihn in derselben aufzufordern, daß er für Aufhebung des Belagerungszustandes und eine allgemeine Amnestie sich verwalde. Um den Rückgang zu beweisen, welchen gewisse Handwerkskategorien in Paris genommen haben, genügen einige Ziffern. So gab es vor dem Ausbruch des Krieges in der Hauptstadt 34.000 Schuhmacher, darunter 10.000 deutsche und belgische. Die deutschen Arbeiter sind fortgezogen, von den französischen sind nach der Denkschrift nahezu 18.000 im Insurrectionskampfe gefallen oder sitzen irgendwo gefangen. Von 30.000 Schneidern, welche früher in Paris waren, fehlen jetzt 10.000. Eine große Anzahl von Industriewerkstätten ist geschlossen u. s. w. Diese Zahlen beweisen, wie tief Frankreich herabgekommen ist und wie lange es noch brauchen wird, um sich gründlich zu erholen, mögen auch die Ansehen in jenen Kreisen, in welchen die Capitalien aufgehäuft sind, günstigen Boden und rasche Subscription finden. Die Arbeit, die Industrie, der Verkehr liegen noch sehr darnieder.

Die Permanenzcommission wurde auf den 15. d. einberufen. Man versichert, sie werde sich nicht nur mit der Verifizierung der Wahl des Prinzen Napoleon auf Corsica, sondern auch mit der Frage beschäftigen, ob das Gesetz, welches den Prinzen aus dem Hause Bourbon und Orleans die Rückkehr nach Frankreich gestattet, auch auf die Familie Bonaparte anzuwenden sei.

Nach der „Indep. belge“ sind zwischen Bismarck und Pöcher-Quertier folgende Stipulationen vereinbart worden: Es wurden zwei ganz getrennte Conventionen abgeschlossen: eine über die Zollangelegenheit, die andere über die finanzielle Frage. Die Zollangelegenheit ist ganz den Thiers'schen Vorschlägen angemessen, d. h. die Bedingung der Reciprocität ist gegen das Zugeständniß einer um sechs Monate kürzeren Dauer des Ausnahmeregimes auf gelassen. Die finanzielle Frage ist so gelöst, daß an die Stelle der nicht escomptirbaren Wechsel als Bürgschaft für die zu zahlende vierte halbe Milliarde zweimonatliche Ratenzahlungen treten, die von jetzt ab bis zum 1. Mai 1872 zu leisten sind.

Die „Libertà“ berichtet, daß sich die Minister Italiens über die Aufhebung der religiösen Körperschaften vollkommen geeinigt haben; der Gesetzentwurf, welcher gleich bei Eröffnung der Kammer zur Vorlage kommen wird, wurde in vollkommener Harmonie mit dem bereits in der vorigen Session vom Parlamente votirten Garantiegesetz für den Papst gebracht. — Nach dem „Diritto“ sollen die letzten großen Manöver den italienischen Kriegsminister von der Nothwendigkeit und Dringlichkeit überzeugt haben, die ihm vom Gesetze eingeräumten Rechte über die Militär-Reform in Anwendung zu bringen, um jene Generale und Oberofficiere, welche auffallende Beweise von Unzulänglichkeit gegeben haben, vom activen Dienste zu entfernen.

Ueber das neue spanische Ministerium schreibt der Berichterstatter der „Times“ in Madrid: Nach unermessbaren Schwierigkeiten gebildet, enthält dasselbe einige Senatoren und einige Deputirte, aber keiner von ihnen ist je vorher Minister gewesen oder hat auch nur in der Politik eine große Rolle gespielt. Alle stimmten sie am Dienstag für Sennor Sagasta, und muthmaßlich wurden sie auf seinen Vorschlag hin gewählt. Wie sie sich im Amte benehmen werden, darüber herrscht eine große Meinungsverschiedenheit. Sie selbst sagen, daß sie das Programm Zorilla's ausführen wollen, doch hegt man darüber bedeutende Zweifel. Sennor Balaguer ist eine Zeit lang Director von Sagasta's Zeitung „La Iberia“ gewesen. Er ist ein hervorragender Dichter und

Schriftsteller und aus Catalonien gebürtig. Unter der vorigen Regierung war er Generaldirector des Telegraphen- und Postdepartements. General Bessols, der neue Kriegsminister, war Militärgouverneur von Madrid. Viceadmiral Malcampo befehligte die „Zaragoza“, als die Flotte unter Topete im September 1868 „prononcirte.“ Sennor Angulo ist ein Architekt von Profession und die Leute sind sehr neugierig, wie er es mit dem Aufbau der neuen Finanzen halten, ob er auf der von Sennor Ruiz Gomez niedergelegten Basis weiterarbeiten oder aber sich selbst eine neue bilden wird. Sennor Candau war einer der wenigen Progressisten, welche sich dem Rückzuge jener Partei im Jahre 1864 widersetzen und hiefür aus derselben ausgestoßen wurden. Sennor Colmenares schließlich war Oberrichter von Havanna in den Tagen von Narvaez.

Tagesneuigkeiten.

— (Hofnachrichten.) Samstag den 14. d. begab sich Frau Erzherzogin Gisella mittelst Separat-Hofzug von Lambach nach Bozen, um den Aufenthalt in Meran zu nehmen. In Salzburg ist Ihre Majestät die Kaiserin, welche den Weg von Ischl bis Salzburg mittels Wagen zurückgelegt, in den Bahnzug eingestiegen, um die Fahrt gemeinschaftlich fortzusetzen. Se. kaiserliche Hoheit Erzherzog Rainer mit Frau Gemalin ist am 8. d. M. in Meran angekommen und im Hotel „zum Grafen von Meran“ abgestiegen. Ueber die Dauer des Aufenthaltes verlautet nichts Bestimmtes. — Se. k. Hoheit Erzherzog Ernst ist vor einigen Tagen, von der Schweiz kommend, in Bozen eingetroffen und nach kurzem Aufenthalte nach dem Pustertale weitergereist. — Se. k. Hoheit Erzherzog Karl Salvator von Toscana und die verwitwete Großherzogin Marie Antonie von Toscana sind am 13. d. Nachmittags von Gmunden in Prag angekommen und im Hotel zum „englischen Hof“ abgestiegen. — Der Fürst von Teck und Prinz Christian von Schleswig-Holstein mit Gemalin Prinzessin Helene sind in Wien angekommen und im „Hotel Munsch“ abgestiegen.

— (Die Enthüllung des Marienthums in Hiezing.) Bekanntlich hatte Kaiser Max bei seinem Abschiede von Wien seine Bestimmung Maxing der Gemeinde Hiezing zum Geschenke gemacht. Der Beschluß des dortigen Gemeinderathes, die ehrene Büste des Kaisers in den Gartenanlagen von Maxing aufzustellen, wurde durch einen Unfall, der dem Obmann der Commission, Verthold Stadler, zutieß, 6 Monate lang in seiner Ausführung verzögert. Da kam man inzwischen zur Einsicht, daß es des unglücklichen Kaisers würdiger sei, ein Standbild desselben, und zwar auf dem Hauptplatze von Hiezing aufzustellen. Das Denkmal wurde nach Meiners Modell in der kaiserlichen Erzgießerei in Bronze gegossen. Kaiser Max steht da edel und frei aufgestützt in seiner bekannten Marine-Uniform. Als Zeichen seiner Kaiserwürde dient die auf einem neben ihm stehenden Sockel ruhende mexikanische Kaiserkrone und der Kaisermantel. Das Piedestal ist in seiner Erscheinung von edler Würde, ernst und ruhig, dabei aber doch von eleganter Leichtigkeit. Die Statue mißt eine Höhe von acht Fuß, sechs Zoll, das Piedestal eine von neun Fuß, sechs Zoll. Die Inschrift, die den Sockel zieren soll, ist einfach und besteht nur aus folgenden Worten:

FERDINAND MAXIMILIAN,

Erzherzog v. Oesterreich,
Kaiser von Mexiko.

— (Dampfschiffverbindung.) Die regelmäßige directe Dampfschiffverbindung zwischen Triest und New-York wird diesen Monat wieder aufgenommen.

— (Ueber die großen Brände in Amerika.) Die Stadt Manistee (in Michigan) ist ganz niedergebrannt. Der Verlust beträgt 114 Millionen Dollars. Die Brände in Wisconsin zerstörten 4 Dörfer am Greenbayflusse, die Flammen umringten die Einwohner, 150 Flüchtlinge verbrannten in einem Henschöber, mehrere Hunderte kamen im Flusse um, im Ganzen zählt man 500 Opfer. — Der durch den Brand in Chicago verheerte Raum erstreckt sich auf neun Quadratmeilen. Die Stadt wurde in Belagerungszustand erklärt; zu Anfang des Brandes wurden zahlreiche Diebe und Nordbrenner verhaftet, jetzt ist die Ordnung wieder hergestellt. Die Subscription in den amerikanischen Staaten ergab bisher drei Millionen Dollars. Die Einwohner entfalten eine beispiellose Energie, die Journale erscheinen wieder, die Geschäfte sind wieder im Gange und die Läden wieder geöffnet. Ueber die Entstehungsurache verlautet, daß der Brand in einem Stalle ausbrach; ein Junge ging in den Stall, um eine Kuh zu melken und nahm eine Petroleumlampe mit. Das Thier warf die Lampe um, die Flüssigkeit verbreitete sich über das Holzpflaster und das Feuer griff mit großer Schnelligkeit um sich.

Locales.

— (Die philharmonische Gesellschaft) und im Vereine mit derselben der Männerchor haben am 15. d. eine General- beziehungsweise Plenar-Versammlung abgehalten. Zweck der ersteren war: Einholung der Genehmigung der abgeänderten Gesellschaftsstatuten, welche nun aus 40 Paragraphen bestehen. Nach den Abänderungen wird die Zahl der Directionsmitglieder vermehrt und die Wahl der Functionäre der Direction überlassen. Nur über die Frage: „ob, wie bisher, eine zehnjährige Theilnahme als ausübendes Mitglied die Fortdauer der Mitgliedschaft auch bei Nichtausübung bedingen solle,“ fand eine Debatte statt. Der neue Entwurf wurde angenommen, und wird Herr Director Dr. Schöppel die neuen Statuten der Landesbehörde vorlegen. Nach erfolgter h. Erledigung wird von einer einzuberufenden Generalversammlung die Wahl der Gesellschaftsdirection mit Ausschluß des Männerchorauschlusses vorgenommen werden. Der Vereinsdirector stellt den neuernannten Violinlehrer Herrn Gersner vor. Die bisherigen Directionsmitglieder Herren Reg. A. Tichy und D. A. D. Verwalter P. Regl resigniren auf ihre Stellen. In der hierauf folgenden Plenarversammlung des Männerchores wurden zum Chorführer Herr Josef Böhner, zum Archivar Herr Putre, zum Tafelmeister Herr Witt, und zu Ausschüssen die Herren Fink und Erdina gewählt. — Die Proben des Männerchores der philharmonischen Gesellschaft) beginnen kommenden Mittwoch den 18. d. M. um 8 Uhr Abends im Gesellschaftslokale im Fürstenhofe, und werden künftighin stets Montag und Freitag zur selben Stunde stattfinden.

— (Die Sitzung des hiesigen katholisch-politischen Vereins) am 8. l. M., in welcher der Vorsitzende die Petitionen an das Ministerium und an den Landtag um Aenderung der Schulgesetzgebung mittheilt, drehte sich meist um den derzeitigen mißlichen Stand des Kleingewerbes. Vereinsmitglied Klein beklagte, daß der Unterricht an den Realschulen durch hohe Schulgelder, Einschreibtaxen und theuere Schulbücher so erschwert worden sei, daß Eltern aus dem Kleingewerbe ihre Söhne in dieselbe gar nicht schicken können, während man andererseits die Gehälter der Lehrer immer erhöhe. Erleichterungen in dieser Beziehung seien dringend geboten. Klein betont weiters, daß im Laibacher Straßhause etwa 400 Sträflinge und im Arbeitshause 100 Zwangslinge den Gewerbsleuten, welche hohe Steuern zahlen müssen, bedeutenden Eintrag thun. Redner beantragt daher, es sei an die Re-

sich auch unter den Römern der Ringluxus. Während noch Marius z. B. bei seinem Triumphzuge nach der Unterwerfung Jugurtha's nur einen einfachen eisernen Reif am Zeigefinger seiner linken Hand führte, trugen später nicht nur alle Patrizier, sondern auch alle Ritter und Leute selbst aus anderen Ständen goldene Ringe, so daß schließlich durch ein besonderes Gesetz bestimmt wurde, wenn nur allein das Recht, goldene Ringe zu tragen, das jus annuli aurei, zutheile. So wurde daraus geradezu ein Privilegium, welches die Kaiser — gleichsam als Adelspatent — auf Ansuchen demjenigen ertheilten, der im Stande war, nachzuweisen, daß sein Vater und Großvater wenigstens ein Vermögen von 400.000 Sesterzien besaßen. Als zuletzt aber die Prätorianer alle Macht in ihre Hände bekamen, stand auch allen Soldaten das Recht zu, goldene Ringe zu tragen.

Die Aufbewahrung des kaiserlichen Siegelrings (cura annuli) war einem der ersten Würdenträger anvertraut, wie in England noch heute bekanntlich der Lordkanzler das königliche Siegel zu behüten hat und daher auch „Lordsiegelbewahrer,“ Lord-Keeper, genannt wird.

Die alten Germanen bedienten sich der Ringe bereits als Unterpfand einer zu schließenden Ehe, und im Mittelalter trugen Fürsten, Ritter und Edelleute auch Siegelringe. Diese Periode ließ gegen ihr Ende hin bekanntlich alle Künste einen neuen Aufschwung nehmen, und so haben wir in ihr auch die Blüthezeit der Juweliere zu suchen.

Bei den Ringen vertrat die Email lange Zeit die Edelsteine und im 15. Jahrhundert begann man das

Nielliren bei der Vertiefung von Ringen anzuwenden. Hatte man nämlich mit einem Grabstichel das Bild oder die Schrift auf einer Silber- oder Goldfläche eingraviert, so füllte man die Vertiefungen mit derjenigen Masse aus, die man in Italien Niello nennt und die aus einem Gemische von geschmolzenem Silber, Blei, schwarzem Schwefel und Borax besteht.

Die Goldschmiede waren damals meistens zugleich Maler und Bildhauer, wie namentlich der vor 300 Jahren verstorbene Benvenuto Cellini, der die Juwelierekunst auf den höchsten Grad der Vollkommenheit brachte. Leider hielt derselbe nur etwa ein Jahrhundert lang an und wurden dann die reizenden Einfälle in den Devisen, die höchst wirkungsvollen und sinnreichen Combinationen von den verschiedenartigsten Edelsteinen, sowie die geschmackvollen Verzierungen dann wieder immer seltener. Dies mochte freilich seinen Grund mit darin haben, daß Niemand mehr die Arbeit entsprechend bezahlen wollte, deren Preis bei großer Vorzüglichkeit den Werth des Goldes und der Edelsteine leicht übertreffen kann. In dieser Hinsicht erzählt Cellini selbst aus seinem Leben folgendes Geschichtchen:

Benvenuto Cellini arbeitete als Schüler in der Werkstatt eines gewissen Lucagnolo, eines damals sehr beliebten und berühmten Goldschmiedes, hatte aber die Vergünstigung, auch auf seine eigene Rechnung Arbeiten ausführen zu dürfen. Dadurch zog er die Aufmerksamkeit der kunstliebenden Fürstin Porzia Chigi auf sich und diese trug ihm zum Beweise ihres Wohlwollens auf, ein goldenes Geschmeide für sie anzufertigen. Lucagnolo rieth

ihm aber davon ab, da ihm die Arbeit gewiß nicht angemessen bezahlt werden würde, und wies dabei auf eine große, mit erhabener Arbeit reich verzierte silberne Vase hin, die er eben für den Papst ausführt, indem er versicherte, daß derartige Arbeiten sich weit besser bezahlt machten. Cellini ließ sich jedoch nicht abschrecken und ging mit seinem Meister sogar eine Wette darauf ein, daß seine Arbeit doch die einträglichere sein würde. In zwölf Tagen schon hatte er den Schmuck vollendet. Als er ihn der Fürstin überbrachte, fand deren Freude und Wohlgefallen fast keine Grenzen, und sie bezahlte dem jungen Künstler mehr als die Hälfte über den geforderten Preis. Außerdem bestand die Zahlung zum Beweis der höchsten Genugthuung in lauter Goldstücken und war von den schmeichelhaftesten Worten begleitet. Lucagnolo dagegen erhielt seine geforderte Summe und keinen Heller darüber in harten Silberthalern ausgezahlt, hatte demnach die Wette verloren und wurde noch obendrein thätig ausgelacht.

Als ein interessantes historisches Beispiel für die Leistungen der Juweliere des 15. und 16. Jahrhunderts seien hier der noch heute existirende Verlobungs- und der Trauring Dr. Martin Vulbers erwähnt. Diese Ringe sind zwar nicht so reich und prachtvoll in ihren Verzierungen wie viele andere, die sich aus jener Zeit erhalten haben, allein sie charakterisiren — abgesehen von dem Interesse, welches sich an sie durch ihren einstigen Besitzer knüpft, — hinreichend den damaligen Standpunkt der Juwelierekunst und den damals herrschenden Geschmack.

(Rom.-Ztg.)

gierung das Ansuchen zu stellen, dieselbe möge geeignete Vorkehrungen treffen, wodurch dem Kleingewerbe aufgeholfen würde. Vereinsmitglied Regali führt an, daß in Holland, Schweden und England die Sträflinge bei Canalarbeiten und Bauten verwendet werden; dies wäre auch bei uns praticabel. Močnik will die Sache näher erwogen haben; übrigens seien nur einzelne Gewerbsleute betroffen. Dr. Bončina ist gegen jeden Aufschub und beantragt, es sei der Verein zur Unterstützung von Gewerbsleuten einzuladen, sich diesem Gesuche anzuschließen. Nach einer kurzen Debatte wurde beschlossen, es sei an das Ministerium das Gesuch zu stellen, daselbe wolle, ohne irgend welche dritten Interessen zu schädigen, Mittel finden zur Verbesserung der Lage des Laibacher Kleingewerbes, und es sei an den Handwerker-Hilfsverein die Einladung zum Beitritte zu richten.

— (Raubmord.) In der Nacht vom 13. auf den 14. d. wurde die 65jährige Witwe und Hausbesitzerin Anna Salomon in Prečna (Bezirk Rudolfswerth) durch zwei mit Messern bewaffnete Männer, welche durch das Fenster in das Wohnzimmer der genannten Witwe eingebrochen sind, ermordet und der zwanzigjährige Tochter derselben, Maria Salomon, unter Androhung desselben Schicksales ein Geldbetrag von 60 fl. geraubt. Die dieses Verbrechens verdächtigen Individuen, Johann Schmalz, Uelauer, Knecht, 22 Jahre alt, aus Prečna und Johann Udouč, Landwehrmann, 21 Jahre alt, aus Goricaabos, wurden vom k. k. Gendarmeriepostcomando Rudolfswerth an das gleichnamige k. k. Kreisgericht eingeliefert.

— (Räuberbande.) Die „Grazer Btg.“ meldet: In den Gerichtsbezirken Stein und Kappel, an der Grenze Steiermarks, treibt sich seit einigen Wochen eine sehr gefährdete Räuberbande herum. Es wurden daher die Gendarmeriecommandos Gili, Oberdrauburg und Franz beauftragt, den Durchbruch dieser Verbrecher in die benachbarten Länder zu verhindern.

— (Von einem Landsmann aus Nordamerika.) Einem Briefe des Missionärs Pirz aus Rich Prairie an Herrn Schmidt entnimmt die „Novice“, daß derselbe in seiner Pfarre die von Schmidt überschickten Fruchtkerne setzen lassen werde, da, trotzdem der Boden ein fruchtbarer sei, bisher daselbst noch keine Obstbäume vorkommen. Ueber den Wunsch des Gubernial-Secretärs Remsey, habe er auch ein slovenisches Büchlein „Kranjski vertnar“ ins Deutsche übersetzen lassen.

— (Aus dem Amtsblatte.) Beim Bezirksgerichte zu Raasdorf liegen eine Barschaft von 100 fl. und einige Kleidungsstücke, allem Anscheine nach von einem Diebstahl herrührend. Die Eigentümer werden aufgefordert, ihr Anrecht binnen Jahresfrist geltend zu machen. — Im Sprengel des Grazer Oberlandesgerichtes sind eine Auscultantenstelle mit, und drei solche Stellen ohne Adjutum für Steiermark zu besetzen; Bewerbungen bis 31. d. M.

— (Slovenische Bühne.) Am 15. d. gingen zwei Stücke über die Bretter: „Er weiß selbst nicht was er will“, und „Der Dieb in der Mühle.“ Das Theater war in allen Räumlichkeiten voll besetzt. — Die Unternehmung sollte dem Besucher nicht immer einfache Lustspiele und deren Wiederholungen sondern auch bessere, gehaltvollere Bühnenproducte vorführen; auch sollte der Costumierung mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden; endlich wäre den Arrangements hinter den Coulissen mehr Ruhe zu empfehlen. — Auf den speciellen individuellen Theil übergehend bemerken wir: Herr Schmidt (Major) erntete verdienten Beifall, so auch die Frl. Barnas, Podkrajsek und Erbeznik. Letzteres Fräulein würde bei mehr lauter Sprache an Beifall gewinnen. Herr Rajzel gab den zerstreuten Professor recht gut, nur seine Maske war übertrieben; Ivan kam sogar ungerufen.

Das zweite Stück fand nur getheilte beifällige Aufnahme. Herr Noll (Schloßverwalter) war unsicher; Herr Jekovec (Müller) matt, schüchtern, im Organ zu jugendlich; Frau Valenta konnte ihre Rolle als „Katica“ wegen Mangel an Unterstützung der übrigen Kräfte nicht recht zur Geltung bringen; Herr Rajzel (Student) hatte

zufällig rothe Perücke und schwarzen Schnurbart; Herr Susteršič (Jude Aron) übertrieb und war stellenweise unverständlich; Herr Grill (Corporal) geriet sich als Hauptmann; Herr Filipič (Michael) erhielt verdienten Applaus; Frl. Tenijeva (Anka) war köstlich; Frl. Podubsky (Rotija) natürlich. Die Chöre gingen so ziemlich, aber das Ganze war nicht aus einem Gusse, hatte Mängel, die wir rügen müssen.

Die Kritik ist sich wohl bewußt, daß sie nicht über Künstler, nicht über Schauspieler vom Fache, sondern über Anfänger, über Dilettanten zu Gericht sitzt; aber: wer in die Offenlichkeit tritt, muß auch das Urtheil der öffentlichen Stimme hören — zu seiner Belehrung. Das p. t. Publicum, welches ohnehin mit Beifallsbezeugungen nicht geizt, hofft, daß es der vom besten Willen befehlten slovenischen Bühne gelingen wird, in der Folge Besseres vorzuführen und Besseres zu leisten.

— (Theater.) Das fünftactige Schauspiel: „Der Kaufmann“ oder „Vater und Sohn“, von Maderich Benedix, wurde gestern vom ziemlich gut besuchten Hause mit regem Interesse beifällig aufgenommen. Wir müssen dem Verfasser unser Bestreben ausdrücken über die kalten, unnatürlichen Beziehungen, die zwischen Vater und Sohn zu Tage treten, und über das für den Zuschauer ein Räthsel bleibende Schicksal des einzigen Sohnes eines reichen, geldstolzen und eiteln Vaters, während er letzteren denn doch als Gründer von drei glücklichen Eheglückseligkeiten das Schauspiel schließen läßt. Herr Director Walburg war in der Titelrolle vortrefflich, bewährte sich neuerdings als Schauspieler ersten Ranges und wurde durch Hervorrufe ausgezeichnet. Frau Pöck-Weiß (Hedwig) excellirte und erheiterte durch natürliche naive Darstellung. Lobende Erwähnung verdienen Herr Nader, der den alten Matrosen mit Feuer gab; endlich Herr Schulz (Buchhalter), der sich in Sachen der Liebe weniger bewandert zeigte, als in Mitte seiner Geschäftsbücher. Die Nebenrollen waren gut besetzt, und wir konnten zufriedengestellt wieder einen vernünftigen Theaterabend registriren.

— (Dramatischer Vortrag.) Den gebildeten Kreisen Laibachs winkt in den nächsten Tagen ein seltener literarischer Genuß. Herr Dr. Rudolph Viedel aus Wien, ein in deutschen Kreisen rühmlichst bekannter Schriftsteller, wird am Donnerstag den 19. d. im hiesigen Casino (Glasalon) seine eigene und bis heute einzige Ergänzung des schwierigen Schiller'schen Fragmentes: „der Menschenfeind“ zum öffentlichen Vortrag bringen. Sämmtliche Organe deutscher Literatur sprechen sich äußerst günstig über Dr. Viedel's Ergänzung aus, so schreibt hierüber der Referent des schweizerischen „Tagblattes“ aus St. Gallen: „Schiller's „Menschenfeind“, ergänzt und vorgetragen von Dr. R. Viedel, hat den Zuhörern einen wahren ästhetischen Genuß bereitet. Der Vollender des Dichterwerkes hat seine schwierige Aufgabe mit Meisterschaft gelöst, hat mit gewandtem Blicke die Knoten aus dem Fragmente Schiller's herausgefunden, an welche er die Fäden seiner Arbeit anknüpfen konnte, ist mit Tact in Ton und Haltung in die Verhältnisse der Zeit, in welcher das Stück (ein Pendant zu Kabale und Liebe) spielt, eingegangen und hat den Stoff mit Liebe zur Sache, mit Entfaltung reicher Phantasie und Darlegung der tiefsten Kenntniß menschlicher Seelenzustände und Gefühlsstimmungen ausgearbeitet. Die Handlung des vollendeten Dramas ist reich an Leben und Spannung, die Sprache rein und klassisch, die Charaktere scharf und markig gezeichnet, die Entwicklung überraschend und doch so natürlich, daß Niemand auftreten und sagen könnte, er hätte sie anders ausfallen lassen. Wir wünschen dem begabten Dichter aufrichtig auch in andern Städten unseres Landes schöne Erfolge seines mühevollen Strebens.“ — Das Programm dieser Vorlesung ist ein reiches, enthält 21 Piecen und wird die Theilnahme der p. t. Zuhörer durch zwei Stunden in Anspruch nehmen.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)
Berlin, 16. October. Heute fand die Eröffnung des Reichstages durch den Kaiser

statt. Die Thronrede behandelt innere Reichsangelegenheiten, zählt die zu erwartenden Gesetzesvorlagen auf, theilt mit, daß im Vertrauen auf die innere Consolidirung Frankreichs die Räumung jener Departements, deren Besetzung bis Mai 1872 bestimmt war, schon jetzt angeordnet wurde, und verspricht die Vorlage des jüngst diesbezüglich abgeschlossenen Abkommens, constatirt endlich die friedlichen Beziehungen Deutschlands zu allen fremden Regierungen. Des Kaisers Bemühungen zielen auf Stärkung des Vertrauens ab, daß das neue deutsche Reich ein zuverlässiger Friedenshort sein wolle. Diesbezüglich ist es eine besonders wichtige, aber auch willkommene Aufgabe des Kaisers, mit den Herrschern der mächtigen, Deutschland von der Ostsee bis zum Bodensee begrenzenden Reiche Freundschaftsbeziehungen solcher Art zu pflegen, daß ihre Zuverlässigkeit auch in der öffentlichen Meinung aller Länder außer Zweifel ist. Der Gedanke, daß die neuerdings gefundenen Begegnungen mit den Monarchen dieser Nachbarreiche der Verwirklichung einer friedlichen Zukunft Europa's förderlich sein werden, ist dem Herzen des Kaisers besonders wohlthuend. Das deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn sind durch geographische Lage und geschichtliche Entwicklung so zwingend und mannigfaltig auf freundschaftliche Beziehungen angewiesen, daß die Befreiung der letzteren von jeder Trübung durch die Erinnerung an jene Kämpfe, welche die unerwünschte Erbschaft einer tausendjährigen Vergangenheit waren, dem ganzen deutschen Volke zu aufrichtigster Befriedigung gereichen wird.

Meran, 15. October. Die Kaiserin mit der Erzherzogin Valerie ist bei prachtvollem Wetter unter dem Jubel des Volkes im Schlosse Rottenstein um halb 5 Uhr Abends angekommen. Erzherzog Karl Ludwig, als Schloßeigenthümer, empfing sie. Der Bezirkshauptmann, der Decan, der Bürgermeister und der Curvorsteher von Meran, der Pfarrer und der Vorsteher von Mais wurden in Gesamt-Audienz zugelassen. Die Kaiserin äußerte die größte Freude, wieder im schönen Meran zu sein. Im Schloßgarten defilirten fünf Schaaeren Bauernschützen mit klingendem Spiel.

Der telegraphische Wechsel-Cours ist ausgeblieben.

Angekommene Fremde.

Am 15. October.

Elefant. Facher, Agent, Ungarn. — Siegl, k. k. Lieutenant, Gottesgab. — Matiasich, Krainburg. — Schabek, Castelmuro. — Bogacnig, Jirtnitz.
Stadt Wien. Rottinger, Handelsm., Beritti, Privatier, und Pacher, Triest. — Fabiani, Kaufmannsgattin, Wien. — Piskler, Kaufm., Brunn. — Pollak, Kaufm., Wien. — Dobranz, k. k. Hauptmann, Rudolfswerth.
Bairischer Hof. Gutic, Ochsenhändler, Sessana. — Starck, Conducient, Ofen.

Theater.

Heute: Martha. Oper von Flotow.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

October	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern	Temperatur nach Celsius	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag in Millimetern
16.	6 U. Mg.	740.67	+ 6.2	D. schwach	trübe	
2.	„ „ „	740.23	+ 7.6	D. mäßig	trübe	0.00
10.	„ „ „	741.32	+ 6.0	D. schwach	trübe	

Anhaltend trübe Witterung. Der Ostwind hat sich etwas gelegt. Das Tagesmittel der Wärme + 6.6°, um 4.9° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleimauer.

Portenbericht. Wien, 14. October. Die Börse hat sich von der Bewegung, von welcher sie gestern ergriffen worden war, beinahe gänzlich erholt und verkehrte heute in animirter Stimmung, die sich gleichmäßig auf die meisten jener Werthe erstreckte, welche von dem gestrigen forcierten Ausgote am empfindlichsten getroffen worden waren. Beide Rentengattungen, ganz besonders aber die gestern stark mitgenommenen Staatslose und von schweren Schrankenpapieren die Actien der Nationalbank fanden lebhafteste Nachfrage zur bedeutend erhöhten Notiz und die Speculationspapiere zeigten durch ihr rasches Emporschnellen die der Börse innewohnende Elasticität. Devisen waren offerirt.

A. Allgemeine Staatsschuld.		Für 100 fl.	
	Geld	Waare	
Einheitsliche Staatsschuld zu 5 pCt.:			
in Noten verzinst.	Mai-November	57.—	57.10
„ „ „	Februar-August	57.—	57.10
„ Silber „	Jänner-Juli	67.40	67.60
„ „ „	April-October	67.25	67.40
Lose v. J. 1839			
„ „ „	1854 (4 %) zu 250 fl.	88.—	89.—
„ „ „	1860 zu 500 fl.	96.—	96.25
„ „ „	1860 zu 100 fl.	111.—	112.—
„ „ „	1864 zu 100 fl.	124.25	124.50
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. d. W. in Silber			
„ „ „	121.50	122.50	
B. Grundentlastungs-Obligationen.		Für 100 fl.	
	Geld	Waare	
„ „ „	zu 5 pCt.	94.50	96.—
„ „ „	„ „	74.—	74.15
„ „ „	„ „	93.50	95.—
„ „ „	„ „	93.—	94.—
„ „ „	„ „	74.—	74.50
„ „ „	„ „	92.—	93.—
„ „ „	„ „	79.50	80.—
C. Andere öffentliche Anleihen.		Donauregulirungslose zu 5 pCt.	
„ „ „	120 fl.	93.—	94.—
„ „ „	100 fl.	107.25	107.50
„ „ „	75 fl. Einzahl. pr. Stück	95.75	96.—

Wiener Communalanleihen, rückzahlbar 5 pCt. für 100 fl.		Geld	Waare
„ „ „	86.—	86.25	
D. Actien von Bankinstituten.		Geld	Waare
Anglo-östr. Bank	244.25	244.50	
Bankverein	210.—	211.—	
Boden-Creditanstalt	266.—	268.—	
Creditanstalt f. Handel u. Gew.	286.20	286.40	
Creditanstalt, allgem. ungar.	105.—	106.—	
Escompte-Gesellschaft, n. d.	940.—	950.—	
Franco-östr. Bank	115.50	115.75	
Generalbank	—	—	
Handelsbank	145.—	146.—	
Nationalbank	762.—	764.—	
Unionbank	253.30	253.50	
Reichsbank	110.75	111.25	
Reichsbank	175.—	176.—	
E. Actien von Transportunternehmungen.		Geld	Waare
Alföld-Fluinaner Bahn	180.—	181.—	
Böhm. Westbahn	—	—	
Carl-Ludwig-Bahn	258.—	258.25	
Donau-Dampfschiff. Gesellschaft	555.—	557.—	
Elisabeth-Westbahn	238.25	238.50	
Elisabeth-Westbahn (Kinz-Budweiser Strecke)	202.50	203.50	
Ferdinands-Nordbahn	2080.—	2090.—	
Kaisertöchter-Bayerische Bahn	—	—	

Franz-Josephs-Bahn		Geld	Waare
„ „ „	204.50	205.—	
„ „ „	170.—	171.—	
„ „ „	—	—	
„ „ „	216.50	217.—	
„ „ „	155.50	156.—	
„ „ „	171.50	172.—	
„ „ „	382.—	383.—	
„ „ „	195.50	195.75	
„ „ „	173.—	174.—	
„ „ „	240.—	240.50	
„ „ „	157.50	158.—	
„ „ „	110.75	111.25	
„ „ „	215.75	216.—	
F. Pfandbriefe (für 100 fl.)		Geld	Waare
„ „ „	104.75	105.25	
„ „ „	86.—	86.50	
„ „ „	88.75	89.—	
„ „ „	87.—	88.—	
G. Prioritätsobligationen.		Geld	Waare
„ „ „	94.75	95.25	
„ „ „	104.75	105.25	
„ „ „	98.20	98.40	
„ „ „	105.—	105.50	
„ „ „	99.75	100.—	
Siebenb. Bahn in Silber verz.		Geld	Waare
„ „ „	88.50	88.75	
„ „ „	137.—	138.—	
„ „ „	104.75	109.—	
„ „ „	90.25	90.50	
„ „ „	—	—	
„ „ „	84.50	84.75	
H. Privatlose (per Stück.)		Geld	Waare
„ „ „	178.—	179.—	
„ „ „	14.—	15.—	
I. Wechsel (3 Mon.)		Geld	Waare
„ „ „	100.—	100.15	
„ „ „	100.—	100.20	
„ „ „	87.20	87.40	
„ „ „	118.40	118.50	
„ „ „	45.15	45.20	
J. Münz-Ducaten.		Geld	Waare
„ „ „	5 fl. 67 tr.	5 fl. 69 tr.	
„ „ „	9 „ 42 „	9 „ 43 „	
„ „ „	1 „ 77 „	1 „ 77 „	
„ „ „	117 „ 80	118 „ 20	
Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Privatnotirung: —		Geld	Waare